

RUNDBRIEF NR. 98

Juli 1998

„Das müssen Sie dann schon selber betreiben.“

Mit solchen und ähnlichen Sätzen werden unsere deutschen Kollegen immer noch abgespeist, wenn sie um Unterstützung der zuständigen deutschen Vertretung für ihre Bewerbung bei einer internationalen Organisation bitten. Nach seinem Besuch in Genf kommentierte der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Bundestag diesen Tatbestand in der „Frankfurter Allgemeinen“ folgendermaßen: *„Es genügt nicht, daß sich die Bundesregierung nur um Spitzenpositionen wie im Falle Töpfers und des UN-Inspectors Paschke bemüht.“*

INHALT

Titel	Seite
Einleitung	3
Mitgliederversammlung des VDBIO am 18. Mai 1998	4
Anhang: Berichte aus den Arbeitskreisen	10
Arbeitskreis Deutschland	10
Arbeitskreis Nairobi	11
Arbeitskreis New York	13
Arbeitskreis Wien	14
Arbeitskreis Rom	16
VDBIO-Vorstand	19
Sprecher der örtlichen Arbeitskreise	20
Aus der Presse:	
Töpfer-Affaire schwächt deutsche Position in Genf (FAZ, 26.3.98)	22
Deutschland soll in der UNIDO bleiben (FAZ, 8.5.98)	22
Mehr deutsches Personal ins Ausland	22
Vier-Punkte-Plan für UNEP: Töpfer will Umweltorganisation effizienter machen (FAZ, 27.5.98)	23

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der Verband konnte auch im vergangenen Jahr in einer schwierigen Zeit für das VN-System wieder konkrete Erfolge erzielen und auf der diesjährigen Mitgliederversammlung eine positive Bilanz vorweisen. Die gute Zusammenarbeit mit den Vertretern des Auswärtigen Amtes in Bonn und insbesondere an den Hauptdienstorten Genf, New York, Nairobi, Paris, Rom und Wien, den Fachressorts, Mitgliedern des Deutschen Bundestags und Vertretern anderer Verbände zeigt seine Früchte. Der VDBIO hat an wichtigen Veranstaltungen wie der Sitzung des Ausschusses für Personal in internationalen Organisationen (APIO) in Bonn teilgenommen und zahlreiche Gespräche mit Bundestagsabgeordneten und ranghohen Regierungsbeamten geführt. Der Verband ist als zuverlässiger Partner für deutsche internationale Personalpolitik und Vertretung der Anliegen deutscher VN-Bediensteter anerkannt und geschätzt.

Im Sozialbereich hat der Deutsche Bundestag auf Initiative des Verbandes im Oktober 1997 das Petitionsverfahren betreffend die Möglichkeit der Pflegeversicherung für nach Deutschland zurückkehrende ehemalige deutsche VN-Bedienstete abgeschlossen. Damit ist die notwendige Voraussetzung für den Abschluß einer Pflegeversicherung geschaffen. Darüber hinaus haben deutsche VN-Bedienstete jetzt auch die Möglichkeit, einer privaten, freiwilligen Arbeitslosenversicherung beizutreten. Auf Initiative des Arbeitskreises Washington, mit Unterstützung des Verbandes, hat der Bundestag im März 1998 auch beschlossen, die Befristung des Wahlrechts für im Ausland (Nicht-Mitgliedsstaaten des Europarats) lebende Deutsche von 10 auf 25 Jahre zu verlängern. Damit wurde eine erhebliche Verbesserung des Wahlrechts deutscher VN-Bediensteter verwirklicht und eine Gleichstellung mit anderen im Ausland lebenden Deutschen erreicht. Das Büro Führungskräfte für Internationale Organisationen (BFIO) in Frankfurt wurde modernisiert und den wachsenden Anforderungen des internationalen Dienstes angepaßt. Die mögliche Vertragsverlängerung von Beigeordneten Sachverständigen und *Junior Professional Officers (JPOs)* auf mehr als zwei Jahre wird die Nachwuchsförderung verstärken.

Wir freuen uns, daß die Bediensteten des Europäischen Laboratoriums für Teilchenphysik (CERN) in Genf auf Beschluß der Mitgliederversammlung Vollmitglieder des Verbandes geworden sind, der jetzt zum ersten Mal über 700 Mitglieder zählt und repräsentativ für alle Deutschen in internationalen Organisation ist.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Mitgliedern des Vorstands, den technischen Beisitzern, den Arbeitskreissprechern und allen Mitglieder für das fortdauernde Vertrauen und die Unterstützung im vergangenen Jahr. Wir zählen auf Ihr Engagement und Ihre Solidarität, um auch im kommenden Jahr wieder erfolgreiche Initiativen einzuleiten und die Bedingungen der deutschen Bediensteten in den VN-Organisationen sowie die erforderlichen flankierenden Maßnahmen weiter zu verbessern.

Wir freuen uns über Ihre Anregungen und kritischen Stellungnahmen und sind zuversichtlich, weiterhin erfolgreich zusammenzuarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Joachim Bilger
Vorsitzender des Vorstands
MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES VDBIO
18. Mai 1998

BERICHT

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden

Herr Bilger eröffnet die Sitzung und begrüßt die Besucher aus Bonn. Er spricht dem Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschlands bei den Vereinten Nationen in Genf, Herrn Botschafter Dr. Höynck, seinen besonderen Dank aus und lobt das große Engagement und Verständnis, das dieser dem Verband und den einzelnen VN-Bediensteten stets entgegengebracht habe.

Besonders herzlich begrüßt er Herrn Dr. Riedl, Mitglied des Deutschen Bundestags und Berichterstatter des Haushaltsausschusses des Bundestags. Er stellt die Delegation des Auswärtigen Amtes vor: Herrn Ministerialdirigent von Jagow, Frau VLR Siefker-Eberle, Zentralabteilung I, und Herrn VLR Schmidt; den deutschen Generalkonsul in Genf, Herrn Flittner, und Frau Maibaum von der Ständigen Vertretung in Genf. Der Vorsitzende freut sich auch über die Anwesenheit von Frau Theuerkauf vom Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO). Er begrüßt außerdem sehr herzlich Herrn Pallasch von der Deutschen Krankenversicherung AG (DKV), die seit Juni 1997 die Rundbriefe des Verbandes kostenlos druckt. Herr Bilger dankt den Gästen für die fortdauernde Unterstützung der Aktivitäten des VDBIO und Anliegen der deutschen VN-Bediensteten.

Er dankt auch den anwesenden Sprechern der Arbeitskreise: Herrn Stabe aus New York, Herrn Dr. Kulesa aus Bonn, Herrn Dr. Flakus aus Wien, Herrn Dr. Schmidtkunz aus Genf für deren Arbeit.

Für den im letzten Jahr verstorbenen

Gründer und Ehrenvorsitzenden des Verbandes, Herrn Dr. Herbert-Kurt Nook, wird eine Schweigeminute eingelegt.

2. Wahl des Versammlungsleiters

Herr Bartels (WIPO) wird von Herrn Creutz als Versammlungsleiter vorgeschlagen und von der Versammlung gewählt.

3. Annahme der Tagesordnung

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

4. Grußadressen

Herr von Jagow bedankt sich für die Einladung und weist auf den von der Bundesregierung entworfenen "Maßnahmenkatalog" hin, welcher Themen wie die Koordinierung der deutschen Personalpolitik, eine verstärkte Nachwuchsförderung und die Wiedereingliederung zum Gegenstand habe. Er erwähnt auch die schwierige Haushaltslage in Deutschland, die es erfordere, im deutschen Öffentlichen Dienst Stellen zu kürzen. Dies sei bei der Verfolgung der Anliegen deutscher Bediensteter bei internationalen Organisationen mit zu berücksichtigen.

5. Aufnahme von Bediensteten des CERN als VDBIO-Mitglieder

Der Vorstand des VDBIO bringt einen Beschlusantrag ein betreffend die Möglichkeit der Mitgliedschaft von Bediensteten des Europäischen Laboratoriums für Teilchenphysik (CERN). Der Vorstand schlägt der Mitgliederversammlung vor, das

CERN als gleichartige Organisation im Sinne von Artikel 1.2 der Satzung anzuerkennen und CERN-Bediensteten die Möglichkeit der Mitgliedschaft im VDBIO zu eröffnen. Über 40 Bedienstete des CERN sind zu diesem Zeitpunkt bereits Der Versammlungsleiter verliest Artikel 1.2 der Verbandssatzung, der wie folgt lautet: “[Der Verband] vertritt gegenüber der Bundesregierung und anderen zuständigen Stellen die gemeinsamen Belange der deutschen Bediensteten und ehemaligen Bediensteten der Vereinten Nationen und deren Unter- und Sonderorganisationen sowie, auf Beschluß der Mitgliederversammlung, anderer gleichartiger Organisationen.”

Die Interessen der Bediensteten des CERN und der Vereinten Nationen sind in vieler Hinsicht gleichartig. Dies gilt zum Beispiel hinsichtlich Fragen der sozialen Sicherheit im Verhältnis zu Deutschland oder der Verbesserung der Dienstbedingungen. In diesem Zusammenhang weist Herr Höfert auf seinen im letzten Rundbrief (Nr. 97) erschienenen Artikel über das CERN hin.

Folgender Beschluß wird angenommen:

Beschluß:

“Die 22. ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Bediensteter bei internationalen Organisationen der Vereinten Nationen (VDBIO) hat am 18. Mai 1998 in Genf folgendes beschlossen:

Das Europäische Laboratorium für Teilchenphysik (CERN) ist eine “gleichartige Organisation” im Sinne des Artikels 1.2 der Satzung des VDBIO.

Jeder Deutsche, der Bediensteter oder im Ruhestand lebender ehemaliger Bediensteter des CERN ist, kann gemäß Artikel 2 der Satzung Mitglied des VDBIO werden. Diejenigen Bediensteten des CERN, die bereits assoziierte Mitglieder des Verbandes sind, werden hiermit rückwirkend ab 1. Januar 1998 Mitglieder

assoziierte Mitglieder des AK Genf, jedoch nicht Vollmitglieder. Die Möglichkeit der normalen Mitgliedschaft im VDBIO besteht bereits für Bedienstete der IOM, der UPOV und der Weltbankgruppe.

des VDBIO im Sinne von Artikel 2 der Satzung.

Der VDBIO vertritt gegenüber der Bundesregierung und anderen zuständigen Stellen die gemeinsamen Belange auch der Bediensteten des CERN, die Mitglieder des VDBIO sind.”

6. Die Arbeit des VDBIO

A) JAHRESBERICHT DES VORSTANDS 1997/98

Herr Bilger berichtet als Vorsitzender des Vorstands über die Tätigkeit des Verbandes im vergangenen Jahr. Er zählt die konkreten Erfolge auf, die der Verband in einer schwierigen Zeit erzielen konnte. Sie waren insbesondere den guten Kontakten zu ranghohen Vertretern im Bundestag, den Ressorts und anderen zuständigen Stellen in Deutschland zu verdanken. Die Kontakte konnten im letzten Jahr noch weiter ausgebaut werden.

Dabei ergaben sich folgende Themenschwerpunkte:

Zusammenarbeit mit Bundestag und Bundesministerien sowie Öffentlichkeitsarbeit

1. Deutsche Personalpolitik und VN-Dienstbedingungen

Gespräche in Bonn mit Vertretern von Bundestag und Ressorts

Gespräche mit Vertretern von Bundestag und Ressorts (Herren Bilger und Haftendorf), zuletzt im November 1997 in Bonn (Herr Willmann) u.a. mit Frau Siefker-Eberle, Koordinatorin für internationale Personalpolitik (Nachfolgerin von Herrn

Marquardt) und Herrn Joachim Schmidt, Leiter des Referates VN 13.

APIO-Sitzung

- Teilnahme des Vorstandes (Herr Haftendorf) an der 37. Sitzung des APIO (Ausschuß für Personal in internationalen Organisationen) in Bonn im Juni 1997;
- Gespräche mit Vertretern verschiedener Bundesministerien.

Kolloquium der Konrad Adenauer-Stiftung

- Kolloquium der Konrad Adenauer-Stiftung: "Die Reform der VN und die deutsche Personalpolitik gegenüber internationalen Organisationen" im Juni 1997 in Cadenabbia;
- Erfahrungs- und Informationsaustausch mit Vertretern von VN (Paschke, Helmke, Scharrenbroich), Abgeordneten des Bundestags, Vertretern von AA, BMF, BMZ, BDI, Weltbankgruppe und anderen internationalen Organisationen (OECD);.
- Einladung des VDBIO auch im Juni 1998 zur Tagung über deutsche VN-Politik.

Inhalt und Ergebnisse

- Stellungnahme zur Frage der Notwendigkeit der Stärkung der deutschen personellen Präsenz in internationalen Organisationen, u.a. durch Verbesserung der Rahmenbedingungen; siehe Brief an Bundesaußenminister Kinkel zum Fall Töpfer (Anlage);
- kritische Beurteilung des "Spiralmodells";
- angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland ist ein zusätzliches finanzielles Engagement der Bundesregierung nicht zu erwarten, aber:

Gespräch mit Herrn Dr. Riedl

Stellungnahme des Vorstandes zu den vermeintlich hohen Gehältern und Privilegien der Bediensteten internationaler Organisationen;

Gespräch mit Dr. Riedl, MdB und Berichterstatter des Haushaltsausschusses, in Genf im November 1997 sowie mit Botschafter Dr. Höynck, Herrn Rothmann von der Zentralabteilung des AA und Generalkonsul Flittner.

- Vermittlung eines differenzierteren Bildes von Gehalts- und Arbeitsbedingungen im VN-System (Vergleich mit AA, GTZ, EU, OECD u.a.; insbesondere Gehalts- und Arbeitsbedingungen im Feld);

- Bewußtsein bei Entscheidungsträgern über Notwendigkeit der Laufbahnförderung innerhalb der Organisation und verstärkter Nachwuchsförderung (Programm Beigeordnete Sachverständige) insbesondere im Rahmen der VN-Reform;

- der VDBIO wird als repräsentativer Verband der deutschen internationalen Bediensteten ernstgenommen und bei der Mitwirkung in internationalen Organisationen und der Behandlung von Themen mit internationalem Bezug als Partner anerkannt.

2. Nachwuchsförderung

- Besuch von Herrn Dreher, Leiter des BFIO, in Genf im November 1997:
- Automatisierung des BFIO (Stellenausschreibungen und Bewerberkartei);
- positive Beurteilung des Programms Bei-

geordnete Sachverständige (Berufserfahrung im internationalen Bereich, Erwerb von Sprach- und Fachkenntnissen);

- Vertragsverlängerung auf mehr als zwei Jahre zur Erhöhung der Chancen auf Übernahme in den VN-Dienst.

Sozialbereich

Petitionen

Der Deutsche Bundestag hat im Oktober 1997 das Petitionsverfahren abgeschlossen. Die erste Petition betreffend die Möglichkeit der Pflegeversicherung für nach Deutschland zurückkehrende ehemalige deutsche VN-Bediensteten war erfolgreich. Die Zugehörigkeit zu einer VN-Krankenkasse begründet die notwendige Voraussetzung für den Abschluß einer Pflegeversicherung.

Abgelehnt wurde die Einführung der Möglichkeit einer freiwilligen Weiterversicherung in der deutschen Arbeitslosenversicherung bei Auslandsaufenthalt sowie die Anrechnung Wahlrecht

Mitglieder des AK Washington hatten sich im Herbst 1993 mit Unterstützung des Gesamtvorstandes an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestags gewandt, um das Wahlrecht für länger als 10 Jahre für im Ausland - und zwar in Nicht-Mitgliedstaaten des Europarats - lebende Deutsche zu erreichen. Im März 1998 hat der Bundestag beschlossen, die Befristung von 10 auf 25 Jahre zu verlängern. Demnach können Deutsche, die im Ausland, und zwar in Ländern, die nicht Mitglied des Europarats sind, nicht nur zehn, sondern 25 Jahre lang nach der Aufgabe ihres letzten Wohnsitzes in Deutschland an den Wahlen zum Bundestag teilnehmen. Dies bedeutet für zahlreiche deutsche Mitarbeiter von internationalen Organisationen eine deutliche Verbesserung und eine Gleichstellung mit denjenigen, die ihren

von Kindererziehungszeiten in der deutschen Rentenversicherung für nichterwerbstätige Ehegatten deutscher internationaler Bediensteter bei Kindererziehung im Ausland (abgedruckt im letzten Rundbrief). Der Verband wird die letztgenannten Anliegen in diesem Jahr weiterverfolgen.

Private freiwillige Arbeitslosenversicherung

Private Versicherung gegen unfreiwillige Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses; (Gruppenversicherungsvertrag zwischen der "Association pour la protection sociale des fonctionnaires internationaux"- APSFI und der "Caisse nationale de prévoyance"- CNP) ursprünglich nur für französische internationale Bedienstete; aufgrund der Bemühungen des Vorstands ist der persönliche Geltungsbereich der Versicherung auf alle internationale Bediensteten, die Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaates sind, erstreckt worden.

Wohnsitz zwar auch im Ausland, aber in Mitgliedstaaten des Europarats haben.

Mitgliedschaft von CERN-Bediensteten im VDBIO

Gespräche zur Aufnahme von CERN-Bediensteten als Vollmitglieder (siehe unter Nr. 5). Hierdurch erhält der Verband auch stärkeres Gewicht, insbesondere in Bonn. Bereits über 40 CERN-Bedienstete sind - als assoziierte Mitglieder des AK Genf - dem Verband beigetreten. Herr Manfred Höfert hat als Vertreter des CERN auch an dem oben erwähnten Gespräch mit Dr. Riedl teilgenommen.

Individuelle Betreuung deutscher VN-Bediensteter

Informationstätigkeit für Arbeitskreise und Mitglieder

Rundbriefe

4 Rundbriefe (Nr. 94-97);
Verhandlungen mit DKV, die nun
Rundbriefe kostenlos druckt.

**Information über die Tagung des
VN-Pensionsrats im Juli 1997** (im
Rundbrief)

**Vortragsveranstaltungen für Mitglieder,
organisiert durch die AK Genf, Rom und
Wien** (siehe unter b))

Zusammenarbeit mit den Arbeitskreisen

- Besuch des AK Deutschland durch
Herrn Willmann anlässlich der
Mitgliederversammlung des AK am 20.
Oktober 1997,
- Besuch des AK New York durch Herrn
Bilger (anlässlich Dienstreise),
- Besuch von Herrn Dr. Hundsalz (AK
Nairobi) in Genf im April 1998,
- Bessere Kommunikation möglich durch
Ein Dankeswort des Vorsitzenden gilt allen
Vorstandsmitgliedern und technischen
Beisitzern, die alle in einer schwierigen Zeit
zur Verbandsarbeit viel beigetragen haben.
Er dankt auch Herrn von Rohland für die
Redaktion der hervorragenden Rundbriefe.
Abschließend appelliert der Vorsitzende an
die Vertreter des Auswärtigen Amtes, sich
für die Stärkung des internationalen
Dienstes und der Verbesserung der VN-
Dienstbedingungen einzusetzen und die
deutschen VN-Bediensteten durch
flankierende Maßnahmen gezielt zu
unterstützen. damit auch in schwierigen
Zeiten Deutschland im Ausland
angemessen vertreten sei. Er appelliert
auch an die Verbandsmitglieder, sich für
den VDBIO aktiv zu engagieren und
konkrete Beiträge zu leisten, die der
Verband gerne weiter verfolgen und auf
Wunsch in den Rundbriefen abdrucken
werde.

e-mail-Anschluß.

Aufgaben und Perspektiven für 1998-99

1. Bessere soziale Sicherung deutscher
VN-Bediensteter in Deutschland
Verbesserung der Regelung bzgl.
Übergangszahlungen,
Ausbildungsmöglichkeiten, Wieder-
eingliederung mit Hilfe der ZAV (BFIO);
2. Verbesserung der Rahmenbedingungen
bei Dienstantritt, während Dienstzeit,
nach Rückkehr;
3. Verstärkte Zusammenarbeit mit
zuständigen Stellen in Bonn
bzgl. Verbesserung der VN
Dienstbedingungen, VN Reform;
4. Nachwuchsförderung;
5. Breitere Öffentlichkeitsarbeit;
6. Weiterverfolgung der Petitionen

Herr Bartels dankt Herrn Bilger für die von
ihm als Vorsitzendem so erfolgreich
geleistete Arbeit des Verbandes. Er betont,
daß der Verband unter Herrn Bilgers
Leitung weiter an Bedeutung gewonnen hat.

Die Mitgliederversammlung würdigt den
Jahresbericht des Vorstandsvorsitzenden
mit großem Beifall.

B) BERICHTE DER ARBEITSKREISE

Die Berichte der Arbeitskreise wurden wie
bereits im letzten Jahr an einer
vorausgehenden Vorstandssitzung
besprochen und nicht auf der
anschließenden Mitgliederversammlung
verlesen, um der Diskussion mehr Platz
einzuräumen und sich auf die Hauptthemen
konzentrieren zu können. Die Berichte
werden in diesem Rundbrief im Anhang
wiedergegeben und hier nur kurz
zusammengefaßt.

Die Arbeitskreise Genf, Rom und Wien haben für ihre Mitglieder eine Reihe von Informationsveranstaltungen durchgeführt, u. a. über Steuer-, Erbrechts- und Pensionsfragen, und haben persönliche Beratungen durch die DKV und das BHW organisiert.

Die Arbeitskreise berichten über Personalabbau und Unsicherheit des Arbeitsplatzes, insbesondere im VN-Sekretariat, und über die Schwierigkeit, nach langjähriger Tätigkeit im internationalen Dienst einen Arbeitsplatz in Deutschland zu finden. Die Arbeitskreise Genf und Wien weisen in diesem Zusammenhang auch auf die rückläufige Anzahl von deutschen Bewerbern auf offene P-4 Stellen hin. Letzteres wird vorwiegend auf die Schwierigkeit zurückgeführt, im Anschluß an befristete Verträge bei den VN wieder eine Anstellung in Deutschland zu finden. Die Arbeitskreise New York, Nairobi und Rom beklagen den Wechselkursverfall und unzureichenden Ortsausgleich an den jeweiligen Dienstorten. Der Arbeitskreis Nairobi verweist außerdem auf die bedenkliche Sicherheitslage und den Verfall der Infrastruktur an diesem VN-Hauptdienstort hin. Anlässlich der an Herrn Töpfer erfolgten Zahlungen weist der Arbeitskreis Nairobi erneut auf die von deutscher Seite ungleiche Behandlung hin von einerseits Ein anderes Mitglied betont, daß die Bundesregierung im Rahmen der Zuwendungen an Herrn Töpfer ausdrücklich anerkannt habe, daß eine angemessene deutsche Personalpräsenz im deutschen Interesse liege. Da zur Zeit das System allgemein nicht verbessert werden könne, seien flankierende Maßnahmen notwendig, auch für deutsche Laufbahnbedienstete in internationalen Organisationen.

Im Rahmen der Diskussion über die Koordinierung der deutschen VN-Politik, einschließlich Nachwuchsförderung, weist Herr Dr. Riedl darauf hin, daß sich die

(meistens zeitlich befristet) verwendeten deutschen Beamten in internationalen Organisationen und andererseits deutschen Laufbahnbediensteten im internationalen Dienst. Der Arbeitskreis Deutschland spielt im Rahmen der Kontaktpflege zwischen Verband und Bonner Stellen eine bedeutende Rolle.

C) AUSSPRACHE ÜBER DEN JAHRESBERICHT UND DISKUSSION MIT DEN GELADENEN GÄSTEN

Schwerpunkte der Diskussion bildeten folgende Themen: Deutsche VN-Personalpolitik, Laufbahn- und Nachwuchsförderung, Wiedereingliederung und sozialrechtliche Gleichstellung mit in Deutschland lebenden Deutschen.

Hinsichtlich der Frage der Besetzung von Stellen in internationalen Organisationen, fragt Herr Dr. Riedl, wie das System der Leistungsbeurteilung in internationalen Organisationen aussehe. Ein Verbandsmitglied erwähnt das Leistungsbewertungssystem der IAEO als Beispiel. Ein weiteres Mitglied beklagt die Verquickung von Leistungsbeurteilung mit politischen Interessen in internationalen Organisationen und betont die Notwendigkeit politischer Unterstützung deutscher Bewerber nicht nur in Spitzenpositionen.

Zusammenarbeit zwischen dem Bundeskanzleramt und dem Auswärtigen Amt als gut erwiesen habe. Durch die Zuweisung dieser Aufgabe an ein anderes Ressort, wie etwa das BMZ, bestünde die Gefahr, daß nur ressortspezifische Interessen verfolgt würden.

Botschafter Dr. Höynck und Herr Dr. Riedl meinen, daß das deutsche Schul- und Hochschulsystem nicht genügend auf den Dienst in Internationalen Organisationen vorbereite, insbesondere bedauern sie, daß dem Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen nicht der ihm gebührende

Stellenwert beigemessen werde. Außerdem seien deutsche Hochschulabsolventen im internationalen Vergleich relativ alt, was sich ändern müsse. Herr Dr. Riedl regt an, dieses Thema auch mit Vertretern der Wirtschaft, insbesondere des DIHT, und den Ländern, d.h. im Rahmen der Kultusministerkonferenz, aufzugreifen. Herr Höfert (CERN) sieht das Koordinierungsbedürfnis im naturwissenschaftlichen Bereich weniger politisch und meint, das BFIO könne dabei eine wichtige Rolle spielen. Frau Theuerkauf informiert über die Zusammenarbeit zwischen BFIO, Arbeitsämtern und ZAV als Dachorganisation.

Botschafter Dr. Höynck warnt davor, bei der Koordinierung der deutschen Personalpolitik nur Beschäftigte im öffentlichen Dienst zu berücksichtigen, wie dies im sog. "Spiralmodell" der Bundesregierung der Fall sei. Dies würde lediglich einen minimalen Sektor der Bediensteten in internationalen Organisationen erfassen und keine langfristige Verbesserung der deutschen Repräsentanz bewirken. Vielmehr müsse eine solche Koordinierung breit angelegt sein und die zuständige Stelle müsse in der Lage sein, sich aktiv und aus eigener Initiative an die internationalen Organisationen zu wenden.

Der Verbandsvorsitzende stimmt letzterem zu und fügt hinzu, daß eine solche Stelle aber nur dann erfolgreich sein könne, wenn sie gegenüber den verschiedenen Ministerien auch weisungsbefugt sei. Hieran mangle es bisher, was sich dahin auswirke, daß jedes Ressort seine eigenen Der Haushaltsplan sieht für 1998 Ausgaben in Höhe von CHF 41.770,- vor, das bedeutet ein um CHF 6.300,- geringeres Ausgabenvolumen als im Vorjahr, was im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, daß der Rundbrief nun kostenlos von der DKV gedruckt wird. Der Haushaltsplan wird einstimmig angenommen. Der Haushaltsplan für 1998 und die Bilanz für

personalpolitischen Interessen durchsetze ohne Konsultation, oder gar Information, des Auswärtigen Amtes. Dies könne er durch Beispiele belegen. Die Beteiligten stimmen darin überein, daß die Frage weiter behandelt werden müsse.

Herr Riedl weist darauf hin, daß, angesichts der großen Zahl der beim Petitionsausschuß eingereichten Petitionen, die Petitionen des VDBIO bessere Chancen auf Erfolg hätten, wenn eine in der deutschen Politik bedeutende Person, zum Beispiel ein Abgeordneter, sie mitverfolgen würde.

7. Haushalt

a) Bericht der Rechnungsprüfer:

Herr Wirth bestätigt, auch im Namen von Frau Grebing, daß die Rechnungsprüfung für das Jahr 1997 im April durchgeführt wurde. Geprüft wurden der Finanzbericht des Schatzmeisters, die Bilanz, die Einnahmen- und Ausgabenrechnung und die dazu gehörigen Belege. Zur Prüfung wurden alle erforderlichen Informationen geliefert.

Die Mitgliederversammlung dankt den Rechnungsprüfern für ihre Arbeit.

b) Entlastung des Vorstands:

Dem Antrag, den Vorstand zu entlasten, wird stattgegeben.

c) Haushaltsplan 1998:

1997 befinden sich in der Anlage.

Der Versammlungsleiter dankt insbesondere Herrn Bilger als Vorsitzendem des Verbandes und allen Mitgliedern des erweiterten Vorstandes für die ausgezeichnete Arbeit.

8. Neuwahl des Vorstands

Auf Vorschlag von Frau Dr. Ullrich werden als Vorstandsmitglieder einstimmig gewählt:

Herr Joachim Bilger (WIPO)
Herr Klaus Haftendorn (ILO)
Herrn Dr. Manfred Höfert (CERN)
Herrn Dr. Hans Willmann (UNHCR)
Frau Gertrud Attar (UNEP)
Frau Eva Schumm (WIPO)

Herr Schwettmann verläßt den Vorstand auf eigenen Wunsch.

Die Ämterverteilung wird vom Vorsitzenden auf der konstituierenden Vorstandssitzung nach der Mitgliederversammlung vorgenommen.

Herr Bilger bedankt sich nach der Wiederwahl für das ausgesprochene Vertrauen und bittet den gesamten Vorstand, die Arbeitskreise und alle Mitglieder, ihn tatkräftig zu unterstützen, um die Arbeit des Verbands wirksam und erfolgreich fortzuführen.

9. Ernennung der Rechnungsprüfer

Herr Wirth und Frau Grebing werden einstimmig als Rechnungsprüfer wiedergewählt.

10. Verschiedenes

Herr Harder erinnert daran, daß der VDBIO nun einen e-mail-Anschluß besitzt und schlägt vor, auch eine Homepage im Internet einzurichten. Dem Vorstand wird daraufhin der Auftrag erteilt, eine solche zu entwerfen. Herr Bilger macht darauf aufmerksam, daß durch den e-mail Anschluß insbesondere die Arbeitskreissprecher sowie diejenigen Mitglieder, die an entfernten Dienstorten arbeiten, nun besser erreichbar seien. Er unterstreicht auch, daß die Errichtung einer Homepage im Lichte einer breiteren Öffentlichkeitsarbeit zu sehen sei.

Der Versammlungsleiter dankt dem Botschafter, dem Generalkonsul für sowie den Gästen und Arbeitskreissprechern für ihre Teilnahme. Er erinnert an den Empfang, der anschließend in der Residenz des Generalkonsuls stattfindet und dankt Herrn Flittner im Namen der Mitgliederversammlung für die Einladung.

Die Mitgliederversammlung schließt um 19.45 Uhr.

Anhang:

Berichte aus den Arbeitskreisen

Arbeitskreis Deutschland

Traditionell ist der AKD eine Gruppierung ehemaliger VN-Bediensteter. In den letzten Jahren haben sich aber neben den kleineren Büros internationaler (UNHCR, ILO, IOM) auch einige VN-Zentralen und ein

Das Bemühen um eine weitere Präsenz internationaler Organisationen in Bonn ist keineswegs zu Ende. Im Gespräch war z.B. die Zentrale der UNICEF-Karten. Auch

UNIC hier angesiedelt. Daher haben wir nun auch Mitglieder aus dem aktiven Dienst und eine neue Chance der Begegnung und des Austauschs. Zu den drei Sprechern gehören derzeit zwei Aktive (UNV und UNHCR) und ein Pensionär (UNDP). Derzeit hat der AKD 117 Mitglieder.

Berlin rückt nun als Dienstort ins Blickfeld, da einige VN-Büros dem Umzug der Bundesregierung dorthin folgen werden. Im übrigen erfahren die Vereinten Nationen in

der deutschen öffentlichen Meinung eine gewisse Aufwertung, worauf Dr. A.G. Friedrich in seinem Referat anlässlich der Jahresversammlung des AKD hinwies.

Die Sprecher treffen sich regelmäßig einmal im Monat. Sie sehen ihre wesentliche Aufgabe im Kontakt zu den Mitgliedern und in der Unterstützung des VDBIO-Vorstandes in der Vertretung der Verbandsanliegen in Deutschland. Gelegentlich schließt das Programm gesellige Zusammenkünfte ein. Als guter Erfolg wurde z.B. das abendliche Treffen am 4. Februar 1998 in Bonn vor allem deswegen gewertet, weil es zu einem gegenseitigen Kennenlernen und einem Meinungsaustausch zwischen Pensionären und Aktiven kam. Es ist geplant, solche Einladungen von Zeit zu Zeit zu wiederholen.

In Sachen VDBIO pflegte der Arbeitskreis die Kontakte zu örtlichen Stellen (insbesondere ILO, UNV, UNIC, DGVN, AA und Bundestag) und unterstützte die Besuche des VDBIO-Vorstandes bei der Bundesregierung. Wir sind auch bereit, konkrete Anliegen in Bonn zu vertreten, wenn das gewünscht wird.

Am 16. 3. 1998 nahm der Sprecher des AKD an der Pressekonferenz mit den Herren Töpfer und Bohl teil und informierte anschließend den VDBIO-Vorstand. Die Angelegenheit, in der sich der Bundesminister a.D. als honoriger Politiker erwiesen hat, hatte sowohl negative wie positive Auswirkungen und wird den Verband noch für einige Zeit beschäftigen. Bei den Journalisten vermerkten wir zum ersten Mal ein aktuelles Interesse an den Bedingungen des VN-Dienstes.

In einer Vorbesprechung zu der VDBIO-Mitgliederversammlung ergaben sich aus der Sicht des AKD folgende Schwerpunkte des Interesses:

1. Laufbahnförderung, Personalpolitik, Rückgliederung, Aufwertung des internationalen Dienstes
2. Beschäftigung von Ehepartnern (*spouse employment*)
3. Sozialsystem (Kindererziehungszeiten,

Arbeitslosigkeit, Zusatzversorgung usw.)
4. Kontakt zu deutschen Vertretern in UN-Gremien wie ICSC.

Arbeitskreis Nairobi

MITGLIEDER

1. Der Arbeitskreis Nairobi hat zur Zeit 14 Mitglieder. Im vergangenen Jahr sind zwei Mitglieder in den Ruhestand getreten. Mit insgesamt 16 Deutschen bei internationalen Organisationen am Dienort Nairobi bzw. in Kenia liegt damit die Mitgliedsrate bei 87.5 %. Die Gesamtzahl aktiver Mitglieder wird sich im kommenden Jahr weiter verringern. "Prominentester" Kollege ist seit Februar 1998 Herr Dr. Klaus Töpfer, in seiner Funktion als UN-Generaldirektor in Nairobi und Exekutivdirektor von UNEP. Der AK Nairobi hat Herrn Dr. Töpfer in Nairobi begrüßt und ihn durch einen Brief auf die Arbeit des VDBIO aufmerksam gemacht.

ALLGEMEINE LAGE AM DIENSTORT NAIROBI

2. Leider muß auch in diesem Jahr berichtet werden, daß sich die allgemeine Lage am Dienort sowie die Arbeitsbedingungen weiter verschlechtert haben. Der rapide Verfall der Infrastruktur, die Zunahme von Kriminalität in Nairobi und in weiten Teilen des Landes, der wirtschaftliche Niedergang, bewaffnete politische Auseinandersetzungen ("tribal clashes") sowie politische Spannungen vor und nach den Wahlen zu Ende letzten Jahres haben dem Land Kenia wie auch vor allem seiner Hauptstadt Nairobi international enorm geschadet. Die deutsche Presse berichtet gelegentlich, u.a. vom tödlichen Überfall auf den GTZ-Experten Dr. Stöhr im März dieses Jahres. Ergebnis dieser prekären Situation ist u.a. der Zusammenbruch des Tourismus, der bisher der wichtigste Teil der Wirtschaft war. Nach Einschätzung der deutschen Botschaft in Nairobi sowie aller anderer Beobachter ist in absehbarer Zeit nicht mit einer Verbesserung der Lage zu rechnen. Herr Dr. Töpfer hat die kenianische Regierung mehrmals auf ihre besondere Fürsorgepflicht für den Schutz des UN Standortes Nairobi und der internationalen Bediensteten im Rahmen des "Headquarters Agree-

ment" hingewiesen. Die denkbare Alternative einer Verlegung der Organisationen UNEP und HABITAT nach Europa ist politisch völlig 3. Von Seiten des Sekretariats der UNO ist wenig zu erwarten. Im Gegenteil: Der Ortsausgleich (*post adjustment*) ist mit 18.7 % weit unterhalb der tatsächlichen Lebenshaltungskosten, die im letzten Jahr wieder stark angestiegen sind. Seit vier Jahren ist der Ortsausgleich im wesentlichen konstant geblieben, bei geschätzter Inflationsrate von ca. 20% im Jahr. Von daher ist es nicht erstaunlich, daß Nairobi ein kostenträchtiger und zunehmend unattraktiver Dienstort der UN geworden ist. Vergleiche mit Vergütungen Deutschlands in Nairobi (Botschaft, GTZ, Stiftungen etc.) fallen mit etwa 40% Unterschied deutlich zuungunsten der UNO Bediensteten aus. Was die Kollegen trotz allem weiterhin in Nairobi hält ist (a) ein bemerkenswerter persönlicher Einsatz für die Aufgaben ihrer Organisation und (b) eine deutliche Benachteiligung bei Bewerbungen für Positionen in Genf, New York oder anderen Dienstorten außerhalb der Dritten Welt.

4. Der Arbeitskreis Nairobi wendet sich nachdrücklich an den Vorstand des Verbandes, in Bonn das Thema Ausgleichszahlungen wieder aufzunehmen. Gerade der "Fall Töpfer" hat deutlich gemacht, daß der Dienstort Nairobi besonderer Unterstützung bedarf. Dabei ist allerdings auch wieder klar geworden, daß die Bundesregierung die (meist zeitlich begrenzte) Verwendung von Beamten (bzw. ehemaligen Ministern) mit völlig anderen Maßstäben mißt und unterstützt als die berufliche UNO Karriere von deutschen Nicht-Beamten. Der AK Nairobi begrüßt in diesem Zusammenhang ausdrücklich den Brief des Vorsitzenden an den deutschen Außenminister vom 21. April 1998 und bittet den Vorstand, weiter im Auswärtigen Amt sich für eine Verbesserung der jetzigen diskreten Regelung einzusetzen.

THEMEN DES ARBEITSKREISES

5. Im vergangenen Jahr hat sich der AK Nairobi etwa alle zwei Monate getroffen. Ein Teil dieser Treffen fand zusammen mit Vertretern der deutschen Botschaft statt. Es sei an dieser Stelle bemerkt, daß der Arbeitskreis

unrealistisch und muß auch bei weiterer Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ausgeschlossen werden.

starke Unterstützung von seiten der deutschen Botschaft erfahren hat. Während dieser Zusammentreffen wurden eine Reihe von Themen diskutiert, mit denen sich der AK Nairobi seit längerem beschäftigt. In Anbetracht der oben beschriebenen stark gestiegenen Lebenshaltungskosten hat das Thema Ausgleichszahlungen eine zentrale Rolle gespielt. Dabei wurden nicht nur die Höhe, sondern auch die Anwartschafts- und Zahlungsmodalitäten der Ausgleichszahlungen als revisionsbedürftig angesehen. Mit fast gleicher Wichtigkeit und Regelmäßigkeit wurde die allgemeine und persönliche Sicherheitssituation in Nairobi thematisiert. In diesem Zusammenhang wurde auch die Abstufung von Nairobi zu einem C-Dienstort diskutiert. Diese Abstufung ist insbesondere auch deshalb gerechtfertigt, weil die Infrastruktur der Stadt einen rapiden Verfall erlitten hat. Elementare Dienstleistungen wie Strom, Wasser, Telefon sind dermaßen unzuverlässig und die Straßen in einem extrem schlechten Zustand, so daß man von einer stark reduzierten Lebensqualität sprechen muß. Selbst das begrenzte kulturelle Angebot kann oftmals aus Sicherheitsgründen nicht wahrgenommen werden. Im Zusammenhang mit der akuten Finanzkrise der UN hat sich der Arbeitskreis auch mit dem Thema der Wiedereingliederung in Deutschland nach Ausscheiden aus der UN beschäftigt und konkrete Vorschläge erarbeitet.

THEMENSCHWERPUNKTE DES VERBANDES

6. Der AK Nairobi fordert den Verband auf, sich mit den folgenden Themen verstärkt zu befassen, Lösungen zu erarbeiten und sich zur ihrer Durchsetzung voll einzusetzen:
- (a) Erhöhung der Ausgleichszahlungen um mindestens 50%;
 - (b) Verbesserung der momentanen Ausgleichszahlungsmodalitäten, insbesondere auch eine Verzinsung der jährlich anfallenden Beträge;
 - (c) Obwohl nur indirekt möglich, sollte sich der Verband für eine Erhöhung des Ortsausgleichs des UN Standortes Nairobi und für

die Abstufung des UN-Standortes Nairobi auf "C" einsetzen.

Der Arbeitskreis New York hat 48 Mitglieder, davon sind 9 im Ruhestand und 5 Mitglieder, die vorübergehend an andere Dienstorte abgeordnet worden sind, die meisten zu Missionen, die der Friedenserhaltung dienen.

Wenn auch in der letzten Zeit vom Arbeitskreis New York keine bedeutenden Beiträge für die Verbandsarbeit oder für den Rundbrief gekommen sind, so hat der Arbeitskreis New York doch sehr loyale Verbandsmitglieder, die dessen Arbeit wenigstens durch hundertprozentige Beitragszahlungen voll gut heißen und unterstützen. Kein einziges Mitglied hat einen Beitragsrückstand aus 1997 oder früheren Jahren.

Unsere monatlichen Mittagessentreffen haben im vergangenen Jahr nach wie vor regelmäßig stattgefunden. Dazu kommt meistens ein Vertreter der Ständigen Vertretung Deutschlands. Wir nutzen diese Treffen um aktuelle örtliche Informationen auszutauschen und Fragen zu beantworten. Die durchschnittliche Teilnehmerzahl ist 15 Personen.

Wir haben ein recht gutes Verhältnis zu der Ständigen Vertretung. Aufkommende Fragen und Probleme der deutsche Bediensteten können meist schnell und unbürokratisch erledigt werden.

Größerer Teilnehmerzahlen erfreuen sich die Informationsabende, die der deutsche Botschafter etwa zweimal im Jahr veranstaltet.

Die "Restrukturierung" bei den Vereinten Nationen ist wohl im wesentlichen eine Personalreduzierung ohne Änderung der Arbeitsaufgaben oder der Arbeitsabläufe. Unter den deutschen Bediensteten in New York hat es außer bei Pensionierungen keine "Personalverluste" gegeben. Offenbar erfreuen sich die deutschen Kollegen im allgemeinen einer guten Beurteilung und eines guten Ansehens.

Nichtsdestoweniger bleibt die "geographische Verteilung" nach wie vor am unteren Ende der Skala im "wünschenswerten Bereich". Es hat eine ganze Reihe von Zugängen gegeben durch erfolgreiche deutsche Kandidaten bei den Auswahlwettbewerben, doch die

Arbeitskreis New York

Fluktuation bei diesen jungen Kollegen ist außerordentlich stark. Viele gehen nach kurzer Zeit wieder, weil sie zu Hause in Deutschland doch bessere Gehalts- und Karrieremöglichkeiten finden.

Der Sprecher des AK New York hat mehrere Anläufe unternommen, einen Kollegen zu identifizieren, der einen Artikel für die Informationsbroschüre des VDBIO über Erbrechtsfragen in den Vereinigten Staaten schreiben könnte. Leider bin ich damit noch nicht erfolgreich gewesen, habe aber noch nicht aufgegeben. Ein Teilbereich dieser Materie sind die extrem hohen Erbschaftssteuern, die im Todesfall eines US-Ausländers sofort fällig werden. Falls Haus- und Grundbesitz vorhanden ist, muß dieser vom überlebenden Ehepartner oder von den Kindern meist veräußert werden, um die Steuern bezahlen zu können. - Kann die deutsche Bundesregierung hier behilflich sein? Denkbar wäre etwa der Abschluß eines bilateralen Abkommens zwischen den USA und Deutschland oder die Einrichtung eines Fonds für den Ausgleich in Härtefällen.

Viele Mitglieder, die schon länger als 10 Jahre dabei sind, fanden den Ausschluß vom deutsche Wahlrecht als ungerecht. Die kürzlich erfolgte Ausdehnung der Wahlberechtigung für Deutsche im Ausland bei Internationalen Organisationen von 10 auf 25 Jahre ist eine erhebliche Verbesserung, wenn auch nicht eine endgültige und vollständige Lösung des Problems.

Die Mitglieder des AK New York finden den Inhalt und die Berichterstattung in den Rundbriefen gut, wichtig und hilfreich. Die Frage kam auf, ob wohl daran gedacht worden sei, den Rundbrief künftig per e-mail oder auf einer Internet Website zugänglich zu machen?

Die Rentenversicherung, die Pflegeversicherung und die Arbeitslosenversicherung sind für Inlandsdeutsche Pflichtversicherungen.

Warum kann diese Pflicht nicht auf VN-Deutsche ausgedehnt werden? - Dies hätte den Vorteil, daß die Beitragszahlungen für diese Versicherungen in das VN-payroll system mit einbezogen werden könnte und Deutsche genau wie amerikanische VN-Bedienstete Arbeitgeberanteile für diese Versicherungen bekommen könnten.

Warum sind deutsche VN-Bedienstete Welche Auswirkungen hat die Bildung der Europäischen Union auf das Versicherungswesen im allgemeinen und für deutsche VN-Bedienstete im speziellen?

Könnte der VDBIO oder besser ein "freiwilliges" Mitglied ein Clearinghouse für freiwerdende VN-Posten und die dazu passende digitale Datenbank einrichten? Mitglieder, die von solchen offenen Stellen wissen, können die entsprechenden Daten dem Clearinghouse wahrscheinlich schneller mitteilen, als dies auf dem "offiziellen Weg" möglich ist.

Noch eine Idee: Manche Mitglieder mögen in Deutschland unvermieteten Wohnraum haben. Andere wären anlässlich von Heimaturlaub oder sonstigen Reisen unter Umständen gern bereit, solchen Wohnraum für kurze Zeit zu mieten. Wäre es wünschenswert, hierfür eine kleine "Datenbank" einzurichten?

Arbeitskreis Wien

Der Arbeitskreis Wien hat über 70 Mitglieder, Bedienstete und ehemalige Bedienstete der in Wien ansässigen Internationalen Organisationen (IAEO, UNIDO, UNOV und andere).

Im Oktober 1997 wurden in Wien Sprechtag der Deutschen Krankenversicherung (DKV) organisiert. Diese Gelegenheit zur Information und persönlichen Beratung durch Herrn Pallasch wurde von über 30 Personen wahrgenommen.

Um persönliche Kontakte deutscher Mitarbeiter zu fördern und um

von der Förderung des Vermögensbildungsgesetzes (624 DM Sparförderung) ausgeschlossen? Wenn sie einbezogen wären, würde dies nicht nur dem Gleichheitsgrundsatz gerecht werden, sondern auch der Altersvorsorge ausscheidender VN-Bediensteter und der allgemeinen Wirtschaftsförderung in Deutschland dienen.

Verbandsanliegen zu besprechen, wurden drei Veranstaltungen organisiert: zwei größere gemeinsame Mittagessen (14. Mai 1997, 8. April 1998) und ein Heurigenabend.

An allen diesen Veranstaltungen nahmen Botschafter Dr. Karl Borchard und mehrere weitere Angehörige der Deutschen Ständigen Vertretung in Wien teil. Der Arbeitskreis Wien ist Herrn Botschafter Dr. Karl Borchard und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das stetige Interesse an der Verbandstätigkeit und für das entgegengebrachte Vertrauen sehr verbunden: wenn immer sich eine passende Gelegenheit zum Gedankenaustausch bot (Besuch aus Bonn oder vom BFIO), war auch der VDBIO Arbeitskreis Wien von Botschafter Karl Borchard eingeladen, sich zu äußern.

Anlässlich des Besuchs in Wien (Mai 1998) einer Delegation des Unterausschusses des Deutschen Bundestages "Vereinte Nationen/Internationale Organisationen" (Vorsitzender MdB Dr. Eberhard Brecht, SPD; Stellvertretende Vorsitzende MdB Anneliese Augustin, CDU; MdB Dr. Burkhard Hirsch, FDP; MdB Gert Weißkirchen, SPD; MdB Heinrich Graf von Einsiedel, PDS; Oberst i.G. Hans-Jürgen Hugenschmidt, und Herr King, EU) lud Herr Botschafter Dr. Karl Borchard zu einem Heurigenabend und zu einem Mittagessen ein. Dabei gab es reichlich Gelegenheit, Gedanken auszutauschen. Dr. Flakus wies auf die geringe Anzahl von Bewerbungen deutscher Staatsbürger auf freie Stellen bei der IAEO hin, besonders auf offene P-4 Stellen. So waren in einem Zeitraum von einem Jahr (Anfang August 1996 - Ende September 1997) von insgesamt 3851

Bewerbungen nur 84 Bewerbungen von Deutschen zu verzeichnen (USA 940; Frankreich 226; Canada 211; Nigerien 191; Italien 157; Indien 149; England 145; Österreich 71; Schweden 68). Symptomatisch für die gegenwärtige Situation ist daß z. B. auf eine kürzlich offerierte P-4 Stelle keine einzige Bewerbung eines Deutschen einging, sehr wohl aber Bewerbungen von mehreren in Deutschland ansässigen Staatsbürgern anderer Staaten. Dr. Flakus betonte, daß die Schwierigkeit, nach Ausscheiden aus

Weiterhin zentrales Thema für den Arbeitskreis Wien im vergangenen Jahr war der drohende Austritt Deutschlands aus der UNIDO. Unser Mitglied Herr Dr. Werner Behrens hat zu diesem Thema in einem Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 1.7.1997 Stellung genommen. Nach einem weiteren Abbau von etwa 180 Planstellen bei der UNIDO scheint sich die Lage nun zu beruhigen: am 8.5.1998 berichteten sowohl die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' als auch 'Die Welt' daß Entwicklungsminister Carl-Dieter Spranger (CDU) in Aussicht gestellt hat, daß Deutschland Mitglied der UNIDO bleibt.

Auf Grund der starken Stellenreduzierung bei der UNIDO ist auch unser langjähriges Mitglied Antje Henningsen früher als erwartet aus dem Dienst bei der UNIDO ausgeschieden. Frau Henningsen hat den VDBIO Arbeitskreis Wien 19 Jahre lang betreut und sich durch ihren Einsatz viel Anerkennung und Respekt erworben. Bei einem von Botschafter Dr. Karl Borchard zu Ehren von Frau Henningsen veranstalteten Mittagessen und bei einem weiteren vom Arbeitskreis Wien veranstalteten Mittagessen wurden Antjes Verdienste hervorgehoben und gewürdigt. Antje hat viel dazu beigetragen, daß der VDBIO Arbeitskreis Wien besteht. Der Arbeitskreis Wien ist Antje für ihren selbstlosen Einsatz sehr dankbar. Die Aufgaben von Antje Henningsen als Schriftführerin und Kassier werden freundlicherweise von Frau Ingrid Moesch-Kahiluoto, IAEO, weitergeführt.

dem VN Dienst wieder eine Anstellung in Deutschland zu finden, wohl der Hauptgrund für diese Situation sei. Dr. Brecht unterstrich, daß es sehr wohl im Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt, daß deutsche Staatsbürger bei Internationalen Organisationen der Vereinten Nationen tätig werden, daß die dort gesammelten beruflichen Erfahrungen wertvoll sind, daß aber diese Erfahrungen bei Bewerbungen in Deutschland noch nicht den Stellenwert hätten der ihnen gebührt.

Als Schwerpunkte der Verbandsarbeit im nächsten Jahr schlägt der Arbeitskreis Wien vor:

- (a) Beharren auf der Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der deutschen Rentenversicherung.
- (b) Beseitigung der ungleichen Behandlung von deutschen Bediensteten der IAEO bei der Ermittlung des Steuersatzes für Einkommen in Deutschland ("Progressionsvorbehalt").
- (c) Mögliche positive Auswirkungen der EU auf Belange europäischer Bediensteter bei den Organisationen der VN im allgemeinen, aber auch mögliche negative Auswirkungen auf die europäischen VN Dienstorte wie Paris, Rom und Wien. Überlegungen zur Schaffung eines wirkungsvollen europäischen Dachverbandes.
- (d) Suche nach geeigneten Maßnahmen, die zur Anhebung des Stellenwertes der bei Internationalen Organisationen erworbenen beruflichen Erfahrungen führen könnten.

Die Arbeit des Vorstandes in Genf findet nach wie vor große Anerkennung. Die getroffenen Initiativen werden gelobt. In diesem Zusammenhang sei auch besonders erwähnt, daß sich FICSA-President Walter Scherzer (IAEO) beim Vorsitzenden des VDBIO, Herrn Joachim Bilger, für die von Herrn Bilger beigetragenen Informationen zur

Vorbereitung der FICSA-Gespräche in Bonn herzlich bedankt und mir mitgeteilt hat, daß diese Informationen für die FICSA-Gespräche mit Vertretern des Innenministeriums, des Finanzministeriums und des Außenministeriums in Bonn außerordentlich hilfreich waren. Über den VDBIO Mitgliederzuwachs durch die deutschen Bediensteten von CERN freuen wir uns sehr. Eingangs einiges zur Statistik: Es gibt in Rom ungefähr 110 deutsche Bedienstete bei internationalen Organisationen, davon sind ca. 15 APOs, ebenfalls ungefähr 15 im General Service Bereich und über 10 in Direktorenposten. Vor allem im Bereich der D-2 Positionen ist Deutschland damit so stark wie noch nie in den letzten acht Jahren vertreten. Bei der FAO (über die mir genauere Angaben vorliegen) hat sich im Laufe der letzten zwei Jahre der deutsche Anteil an P-Posten, die dem geographischen Verteilungsschlüssel unterliegen, leicht von ca. 6% auf 6,3% erhöht, bei einem deutschen Budgetanteil von 9,7%. Der Anstieg ist allerdings im wesentlichen auf die allgemein abnehmende Zahl der FAO-Bediensteten zurückzuführen und auf externe Neueinstellungen (weniger denn interne Beförderungen). In absoluten Zahlen gibt es heute weniger Deutsche in der FAO als noch vor fünf Jahren. Zudem hat die Politik der Dezentralisierung der FAO dazu geführt, daß einige Verbandsmitglieder vom römischen Dienort und Regional- und Subregionalbüros der FAO versetzt worden sind (aber weiter in der FAO Statistik geführt werden). Beim WFP stellen Deutsche im Bereich des "International Staff" 4,3% und auf der Direktorenebene 3,8% .

Was den Verband anbetrifft, ist in der FAO und IFAD die Zugehörigkeit zum VDBIO unter deutschen Kollegen nicht befriedigend. Vor allem im Bereich der APOs und der GS-Bediensteten ist der Anteil der Verbandsmitglieder äußerst gering. Ein Grund für das geringe Interesse mag in dem Mangel an Freiwilligen liegen, die bereit wären, sich über die Arbeit hinaus für Belange der deutschen Bediensteten einzusetzen. Der jetzige Vorstand des AK Rom ist wegen dieses Mangels an Volontären und infolge beruflicher Verpflichtungen und häufiger Dienstreisen nicht

und heißen sie alle herzlich willkommen. Der Arbeitskreis Wien grüßt alle Teilnehmer und dankt dem Vorstand für die im vergangenen Verbandsjahr geleistete wertvolle Arbeit.

Arbeitskreis Rom

in der Lage, die Verbandsarbeit auf viele Mitarbeiter zu verteilen oder auch nur intensive Mitgliederwerbung zu betreiben. Dazu kommt, daß der AK Rom in Italien ohne die staatlich genehmigte "Steuernummer" (Codice Fiscale) kein verbandseigenes Bankkonto eröffnen kann. Dies hat, zusammen mit dem oben erwähnten Personalumbau in der FAO, zu einem umständlichen, zeitraubenden und unvollständigen System der Beitragserhebung unter den Mitgliedern unseres AK geführt.

Wir sind allerdings seit längerem in der glücklichen Lage, für allgemeine Nachrichten wie auch z.B. die Verbreitung von Verbandsrundbriefen mit e-mail quasi alle Deutschen in FAO, IFAD und WFP erreichen zu können. Auch die auswärtigen (ehemaligen) Verbandsmitglieder können so über römische Angelegenheiten auf dem laufenden gehalten werden. Wir begrüßen es, daß auch der Dachverband sich jetzt einen e-mail Anschluß zugelegt hat und damit leichter ansprechbar geworden ist.

Zur römischen Situation - allgemein sind alle römischen VN-Agenturen von Budgetkürzungen bedroht. Die FAO befindet sich nach Jahren real stagnierender Budgets in den 80er und frühen 90er Jahren bereits in der zweiten Haushaltsperiode mit effektiv gekürzten Mitgliedsbeiträgen - weitere Personalkürzungen, Einschränkungen des Arbeitsfeldes, und eine höhere Arbeitsbelastung für die verbliebenen Kollegen werden die logischen Folgen sein.

Nicht alle Einsparungen können mit Effizienzsteigerungen aufgefangen werden, und die Personalkürzungen bei der FAO haben die Probleme eines VN-Arbeitsplatzes deutlicher in den Vordergrund treten lassen. So ist z.B. Arbeitsplatzsicherheit bei der FAO wie allgemein bei den VN nur in begrenztem Maße vorhanden (auch ein "Continuing Contract" gibt

keinen Kündigungsschutz!), und mit dem Stellenabbau gibt es weniger Möglichkeiten zum beruflichem Aufstieg. Wegen des Drucks zur Senkung der festen Personalkosten werden freiwerdende Stellen herabgestuft und Pensionäre regelmäßig für reguläre Tätigkeiten eingestellt. Für FAO-Bedienstete im "Mittelbau" bedeutet dies in zunehmendem Maße einen beruflichen Stillstand.

FAO-Kollegen auf Projektposten haben quasi keine Aussicht auf Weiterbeschäftigung nach Projektende (im Gegensatz zu Kollegen z.B. bei der GTZ, die man in stärkerem Maße aufzufangen versucht); auch wer mit einem "Continuing Contract" aus der Zentrale ins "Feld" geht, muß befürchten, bei der Rückkehr nur auf einem Abschiebeposten zu landen. Andererseits bedeutet die zunehmende Dezentralisierung der FAO (und mehr noch, der "Unified Service" des WFP), daß Kollegen nicht mehr damit rechnen können, längere Zeit an einem Dienort oder in der Zentrale zu bleiben.

Auch wenn man als Bediensteter einer Entwicklungsorganisation eine gewisse Flexibilität mitbringen muß: Die negativen Konsequenzen für

Schließlich die Gehälter: Wie wir aus der deutschen Presse vor nicht allzu langer Zeit erfahren konnten, sieht die Bundesregierung die VN-Gehälter als unzureichend an - jedenfalls soweit es die Entsendung von hochrangigen Deutschen an VN-Institutionen betrifft. Die Unzulänglichkeit der VN-Gehälter im internationalen Vergleich hat auch der VDBIO immer wieder betont. Die römischen VN-Bediensteten bewegt noch ein weiterer Punkt: das Ortsausgleichssystem in der VN-Gehaltsstruktur bevorzugt Dienorte mit hohen Lebenshaltungskosten, und gibt keinen angemessenen Ausgleich in Falle eines rapiden Wechselkursverlustes der Währung des Dienortes. Dies haben die römischen Bediensteten vor allem beim Kollaps der italienischen Lira 1992 erfahren, und kürzlich die Kollegen in Bangkok und anderen südostasiatischen Staaten.

In diesem Zusammenhang ist ein Vorschlag immer noch aktuell, den der römische AK bereits 1994 erarbeitet hat und auch über die FAO der ICSC zur Kenntnis gebracht hat. Der Vorschlag zielt darauf ab, daß die DM-

Ehepartner und Kinder (vor allem Arbeits- und Schulwechsel) werden von den VN nur ungenügend kompensiert.

Wie Ihnen bekannt ist, pensioniert die FAO nach Erreichung der Altersgrenze von 62 Jahren. In Deutschland werden Ansprüche aus der Rentenversicherung und eventuell vorher erworbene Betriebsrenten erst mit 65 Jahren fällig. Daraus ergibt sich eine erhebliche Versorgungslücke, die besonders fühlbar ist bei VN-Mitarbeitern, die erst relativ spät in Ihrer beruflichen Laufbahn in den VN-Dienst eingestiegen sind und nicht aus einem Beamten- oder anderen Arbeitsverhältnis beurlaubt sind. Da die Pensionszahlungen der FAO in diesem Fall bei weitem nicht ausreichen, sind diese Kollegen auf die dreimonatige Überbrückungsbeihilfe des Bundesverwaltungsamtes (100 DM/Tag) und ansonsten auf ihre eigenen Rücklagen angewiesen, und haben zudem noch Schwierigkeiten, eine angemessene Krankenversicherung aufrechtzuerhalten, da sie nicht in die deutsche gesetzliche Krankenversicherung zurückkehren können. Kaufkraftstabilität des Gehaltes garantiert werden müsse, indem ein Teil des Gehalts - 30% oder mehr - entsprechend dem "post adjustment" des Heimatlandes gezahlt wird. Die Einführung des Euro mag diese Überlegungen längerfristig für Rom hinfällig werden lassen, aber bis zu einer vollständigen Angleichung der Lebenshaltungskosten in Europa behält der Vorschlag seine Gültigkeit.

Zu erwähnen sind auch die Informationsveranstaltungen, die über den römischen AK organisiert wurden, z.B. mit der DKV, dem BHW, dem BFIO und mit Vertretern deutscher Ministerien.

Bei Treffen mit Vertretern deutscher Ministerien wurde oft darauf hingewiesen, daß deutsche Regierungsaktivitäten zu den Beschäftigungsbedingungen bei den VN sich meist mit der Lage entsandter Beamten beschäftigt haben, während der Verband es begrüßen würde, wenn auch auf die Lage der nicht-entsandten Bediensteten eingegangen werden würde. Gleichfalls wäre es wünschenswert, wenn sich die Bundesregierung in Zukunft stärker in der FAO und den anderen römischen

VN-Organisationen engagieren würde. Ein Anfang wurde bereits gemacht mit der pflanzen genetischen Konferenz in Leipzig, die von der Bundesregierung maßgeblich materiell und technisch gefördert wurde. Auch in dieser und der nächsten Budgetperiode wird es mit Sicherheit Arbeitsbereiche der FAO und der anderen Organisationen geben, die mit regulären Mitteln nicht finanziert werden können, aber dennoch große internationale Bedeutung haben. Ein Engagement der Bundesregierung in diesen Bereichen könnte das öffentliche Bild der VN in Deutschland verbessern, und wäre auch für die deutschen Bediensteten ein Zeichen der Anerkennung ihrer Arbeit.

VDBIO-VORSTAND

Vorsitzender:

Joachim Bilger (WIPO)
Tel./Fax +41.22.788.64.77; E-mail: vdbio@compuserve.com
Postanschrift: VDBIO, Postf. 254, CH-1211 Genf 19

Stellvertretende Vorsitzende:

Klaus Haftendorn (ILO)
Tel. +41.22.799.64.73; E-mail: haftendorn@ilo.org
Postanschrift: VDBIO (s. oben)

Hans Willmann (UNHCR)
Tel. +41.22.739.79.96; E-mail: willmann@unhcr.ch
Postanschrift: VDBIO (s. oben)

Dr. Manfred Höfert (CERN)
Tel. +41.22.767.46.02; E-mail: manfred.hoefert@cern.ch
Postanschrift: VDBIO (s. oben)

Schriftführerin:

Gertrud Attar (UNEP/ROE)
Tel. +41/22/979.92.34; E-mail: attarg@unep.ch
Postanschrift: VDBIO (s. oben)

Schatzmeisterin:

Eva Schumm (WIPO)
Tel. +41/22/730.93.93; E-mail: eva.schumm@wipo.int
Postanschrift: VDBIO (s. oben)

Sprecher der Arbeitskreise: siehe separate Liste

Technische Beisitzer:

Busso Bartels (WIPO, R. B.5.14)
Tel. +41.22.730.92.84; E-mail: busso.bartels@wipo.int
Postanschrift: VDBIO (s. oben)

Helmut Creutz, Tel. +41/22/734.03.54
Postanschrift: 8, rue de Vermont, CH-1202 Genf

K. Michael Finger (WTO, R. 2023)
Tel. +41.22.739.51.45; E-mail: michael.finger@wto.org

Carl-Heinz Harder, Tel./Fax +41.22.348.87.66
E-mail: chharder@compuserve.com
Postanschrift: 9, avenue des Cavaliers, CH-1224 Chêne-Bougeries/GE

Dr. Andreas Jesse (ILO, Room M3-22)
Tel. +41/22/799.86.28; E-mail: jesse@ilo.org
Postanschrift: VDBIO (s. oben)

Dr. Hans Friedrich von Rohland (ILO, Room 1-105)
Tel. +41/22/799.79.16, Fax: +41.22/798.86.85
E-mail: rohland@ilo.org
Postanschrift: VDBIO (s. oben)

Dr. Hans-W. Schmidkunz (WHO)
Tel. +41/22/791.21.33, Fax: +41.22/791.07.46,
E-mail: Schmidkunzh@who.ch
Postanschrift: VDBIO (s. oben)

Verbandssekretariat:

Barbara Matzner
Tel./Fax +41/22/788.64.77, E-mail: vdbio@compuserve.com
Postanschrift:
VDBIO, Postfach 254, CH-1211 Genf 19

Sprecher der örtlichen Arbeitskreise (Kontaktadressen)

Bangkok: Dr. Doris von Werner

FAO/RAPA, Maliwan Mansion, 39 Phra Alike Road, 10200 Bangkok, Thailand
Tel. +66/2/281.78.44; Fax +66/2/280.0445; @mail: doris.vonwerner@field.fao.org

Stellvertreter:

Dr. Ralph D. Wahnschafft

ESCAP, UN Building, Rajadamnern Avenue, Bangkok 10200, Thailand
Tel. +66/2/288-1544; Fax +66/2/288.1010; @mail: wahnschafft.unescap@un.org

Bonn:

Dr. Manfred Kulesa

Fürstenbergstr. 20, D-53177 Bonn, Tel. +49/228/267.98.64 (Büro),
Tel./Fax +49/228/33.47.25 (priv.); @mail: agked-bonn@geod.geonet.de

Stellvertreter(in):

Elisabeth Pelster

UNHCR, Rheinallee 6, D-53173 Bonn, Tel. +49/228/95.70.31,
Fax +49/228/36.22.96, @mail: PELSTER@UNHCR.CH

Gerd Trogemann

UNV, Martin-Luther-King-Str. 8, D-53175 Bonn, Tel. 49/228/815.25.14,
Fax +49/228/815.29.30

Genf:

Dr. Hans-W. Schmidtkunz

WHO, 20 av. Appia, 1211 Genf 27
Tel. +41.22.791.21.33; Fax +41.22.791.0746; @mail: Schmidtkunzh.@who.ch

Stellvertreter(in):

Ruth Hahn-Weinert

UNOG, Palais des Nations, CH-1211 Genf 10
Tel. +41/22/917.36.10, @mail: rhahn-weinert@unog.ch

Klaus Olms

ITU, Place des Nations, 1211 Genf 20
Tel. +41/22/730.55.01; Fax +41.22.730.57.85, @mail: olms@itu.int

Nairobi:

Dr. Mathias Hundsalz

UNCHS (Habitat), P.O. Box 30030, Nairobi, Kenya
Tel. +254/2/62.12.34; Fax +254/2/62.42.65, @mail: Mathias.Hundsalz@unchs.org

Stellvertreter:

Günter Karl

UNCHS (Habitat), P.O.Box 30030, Nairobi, Kenya
Tel. +254/2/62.12.34, Fax +254/2/62.42.66/7, @mail: Guenter.Karl@unchs.org

New York:

Knut Stabe

UN Cartography Sector, R.DC-2-1662, New York, N.Y. 10017, USA
Tel. +1/212/963.85.64; Fax +1/212/963.12.70; @mail: stabe@un.org

Stellvertreter:

Clemens Adams

UN, R. S-2200-A, New York, N.Y. 10017, USA
Tel. +1/212/963.0221; Fax +1/212/963.8351; @mail: adams@un.org

Paris:

Ingo Schröter

UNESCO (SHS-HRS) B.2.16, 1, rue Miollis, F-75732 Paris-Cédex 15
Tel. +33/1/45.68.38.60; Fax +33/1/45.68.57.26, @mail: I.Schroter@unesco.org

Stellvertreter(in):

Christian Manhart

UNESCO, 7, Place de Fontenoy, F-75700 Paris
Tel. +33/1/45.68.44.08; Fax +33/1/45.68.55.96, @mail: C.Manhart@unesco.org

Sigrid Niedermayer-Tahri

UNESCO, 7, Place de Fontenoy, F-75700 Paris
Tel. +33/1/45.68.11.14; Fax +33/1/45.68.56.22, @mail: S.Niedermayer@unesco.org

Rom:

Bernd Bültemeier

FAO/PBE, R. B4L3, Via delle Terme di Caracalla, I-00100 Rom
Tel. +39/6/570.53008; Fax +39/6/570.54.599,
@mail: Bernd.Bultemeier@fao.org

Stellvertreter:

Matthias Halwart

FAO-FIRI, Via delle Terme di Caracalla, I-00100 Rom
Tel. +39/6/570.55080; @mail: Matthias.Halwart@fao.org

Wolfgang J. Herbinger

WFP, Via Cesare Giulio Viola, 68, Parco Dei Medici, I-00148 Rom
Tel. +39/6/6513.2621, @mail: Wolfgang.Herbinger@wfp.org

Washington: Dr. Martin Kimmig

The World Bank (R.D-4091), 1818 H Street, N.W., Washington DC 20433
Tel. +1/202/477.8320; Fax +1/202/477.3150, @mail: mkimmig@worldbank.org

Stellvertreter(in):

Dr. Bernhard H. Liese

The World Bank, 1818 H Street N.W., Washington D.C. 20433
Tel. +1.202.458.4491; Fax +1.202.522.1616, @mail: bliese@worldbank.org

Gertrud Windsperger

IMF, 700 19th St., N.W., Washington DC 20431,
Tel. +1/202/623.4983, @mail: GWINDSPERGER@imf.org

Wien:

Dr. Franz N. Flakus

IAEA, R. A-2617, Vienna International Centre, P.O. Box 200, A-1400 Wien
Tel. +43/1/2060.22694; Fax +43/2246.4124 (priv.), @mail: F.Flakus@iaea.org

Stellvertreter:

Dr. Adolf von Baeckmann

IAEA, Vienna International Centre, P.O. Box 200, A-1400 Wien,
Tel. +43/1/2360.1804, Fax +43/1/234.564

Montreal:

Wolfgang Sander Fischer

ICAO, 999, University St., Montreal, Qc. CANADA H3C 5H7 2R2,
Tel. +1.514.954.6767, Fax +1.514.954.6287
@mail: wsanderfischer@icao.org

Manila:

Dr. Gerd Drosses, Senior Counsel/OGC

AsDB, P.O.Box 789, Manila 1099, Philippines
Tel. +632.632.4197, Fax +632.636.2444
@mail: gdrosses@asiandevbank.org

Aus der Presse:

Töpfer-Affaire schwächt deutsche Position in Genf

Bei der Welthandelsorganisation (WTO) in Genf haben am Mittwoch Angestellte gegen die deutsche Regierung protestiert, weil diese sich seit Monaten einer Gehaltsreform widersetzt. „Wir wollen eine deutsche Sonderbehandlung à la Töpfer“, hieß es auf einem Plakat. Die Affäre um den ehemaligen Bauminister, der für einen UN-Posten zunächst einen monatlichen Zuschuß von 10 000 Mark erhielt und dann freiwillig zurückzahlte, hat am Sitz der UN in Genf viel Unmut erregt, weil die Deutschen sich dort meist gegen höhere Gehälter wenden. Die widersprüchliche Haltung reizte jetzt vor allem die WTO-Bediensteten, die als die effizientesten unter den vielen Genfer Funktionären gelten. Die 500 Mitarbeiter der WTO wollen aus dem UN-Gehaltssystem ausscheren. Obwohl dies zunächst keine höheren Kosten verursachen würde, sperrt sich am vehementesten Deutschland gegen die Reform. Wegen des starren Gehaltssystems, das die unteren Lohngruppen bevorzugt, findet die WTO qualifizierte Ökonomen und Juristen schwerer als etwa Währungsfonds und Weltbank, die nicht an das UN-System gebunden sind. Deutsche Mitarbeiter von Genfer Organisationen sagen, nach der Töpfer-Affaire sei der Ruf der Regierung noch mehr lädiert.

FAZ, 26. März 1998

Deutschland soll in der UNIDO bleiben

Entwicklungsminister Spranger (CDU) hat entgegen früheren Äußerungen in Aussicht gestellt, daß Deutschland Mitglied der UN-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) bleibt. Er sei zuversichtlich, sagte Spranger, daß ihr neuer Generaldirektor Magarinos UNIDO wieder zu internationaler Deutsche Mitarbeiter sind in internationalen Organisationen unterrepräsentiert. Nach Auskunft der CSU-Landesgruppe im Bundestag sind nur 8,75 Prozent des Personals Deutsche. Das seien zu wenige, gemessen an dem politischen Gewicht Deutschlands seit der Wiedervereinigung sowie mit Blick auf die deutschen Finanzbeiträge zu internationalen Organisationen. Damit sich das ändert, will die CSU noch vor der parlamentarischen

Anerkennung führen wird. In diesem Fall werde Deutschland Mitglied bleiben, sagte er am Donnerstag auf einer gemeinsamen Veranstaltung. Der seit vier Monaten amtierende UNIDO-Generaldirektor erläuterte, die Organisation habe ihr Aufgabenfeld konzentriert und ihr Personal sowie das Budget deutlich reduziert. In den ersten sechzig Tagen habe er versucht, das Budget um 20 Prozent zu kürzen. Der Personalstamm sei verkleinert worden, beispielsweise gebe es statt sechs nur noch drei Direktoren. Die Arbeitsfelder würden sich ändern, die Förderung der Schwerindustrie werde eingestellt. Statt dessen würden kleine und mittlere Unternehmen gefördert. Nur in Ausnahmefällen werde sich die UNIDO noch der Ausbildung widmen. Sie wolle auch nicht mehr Werbung für Auslandsinvestoren machen, sondern dies anderen Unterorganisationen der Vereinten Nationen überlassen. Spranger forderte, die UNIDO als öffentlich-rechtlicher Akteur müsse der Versuchung widerstehen, mit der Privatwirtschaft zu konkurrieren. Er hatte 1996 zunächst vorgeschlagen, daß Deutschland aus der UNIDO, der er fehlende Reformen vorwarf, ausscheide. Nach dem Wechsel an der Spitze der Organisation hatte er Ende des vergangenen Jahres jedoch gesagt, die eingeleiteten Reformschritte seien überzeugend, wenn auch noch nicht ausreichend. Deshalb solle Deutschland auch nach seiner Meinung zunächst Mitglied bleiben. Außenminister Kinkel (FDP) war stets für den deutschen Verbleib eingetreten.

FAZ, 8. 5. 1998

Mehr deutsches Personal ins Ausland CSU beklagt mangelnde Vertretung in internationalen Organisationen

Sommerpause mit der CDU und der FDP einen Antrag in den Bundestag einbringen. Der CSU-Haushaltspolitiker Riedl sagte am Montag in Bonn, er rechne damit, daß alle Parteien in dieser Frage übereinstimmen. „Es genügt nicht, daß sich die Bundesregierung nur um Spitzenpositionen wie im Falle Töpfers und des UN-Inspektors Paschke bemüht“, sagte er. Eine angemessene Vertretung müsse auch im Mittelbau und Unterbau der internationalen

Organisationen einschließlich der Europäischen Union gesichert werden. Offenbar werde in den internationalen Organisationen eine "unausgesprochen retardierende Personalpolitik" betrieben, mit der die Präsenz deutscher Bediensteter gering gehalten werde. Aber auch in Deutschland bestünden Defizite. Wenn Bundesministerien jedes Jahr aus Haushaltsgründen ihr Personal verringern müßten, könnten sie nicht Vorsorge für Auslandsverwendungen treffen und geeignete Personen in einen Pool eingliedern, der von Bund und Ländern gebildet werden soll. Die deutsche Haushaltspolitik sei zu unbeweglich, kritisierte Riedl.

Nach Auskunft des außenpolitischen Sprechers der CSU-Landesgruppe, Schmidt, und des CSU-Obmanns im Unterausschuß Vereinte Nationen, Ruck, beantragt die CSU, daß im Bund und den Ländern eine Personalreserve geschaffen werde. Daraus sollen die Mitarbeiter für internationale Verwendungen, besonders auch in Brüssel, nach praktischer und fachlicher Vorbereitung kommen. Die Koordination solle das Auswärtige Amt übernehmen. Die Attraktivität der Auslandsarbeit solle dadurch gesteigert werden, daß Dienstposten mit herausgehobener Verantwortung im Inland grundsätzlich nur noch mit Personen besetzt werden sollten, die eine Auslandsverwendung nachweisen könnten. Zu oft sei es vorgekommen, daß Rückkehrer als „Fall für die Besenkammer“ betrachtet worden seien. Die CSU empfiehlt, ein Beauftragter für das deutsche Personal in internationalen Organisationen solle darüber wachen, welche Stellen für Deutschland interessant sind und daraufhin die Personalpolitik koordinieren.

Vier-Punkte-Plan für UNEP Töpfer will Umweltorganisation effizienter machen

Die Umweltorganisation der Vereinten Nationen (UNEP) soll in den nächsten Jahren personell gestrafft werden und effizienter arbeiten. Mindestens dreißig Prozent der Kosten in der Verwaltung sollten eingespart werden, kündigte der Exekutiv-Direktor der UNEP, Töpfer, bei einer Versammlung von Umweltministern und Regierungsvertretern in Nairobi an.

Der überwiegende Teil der Personalkürzungen dürfte die Zentrale in Nairobi treffen, wo die UNEP etwa zweihundert Mitarbeiter beschäftigt. In seiner Rede

bezeichnete Töpfer den Stellenabbau als „Umweltdividende“, der regionalen Umweltschutzprojekten zugute kommen solle. Nicht geplant sei, den Hauptsitz der UNEP in Nairobi aufzugeben und nach Genf oder Wien zu verlegen. Daß der Standort in Afrika erhalten werden müsse, hatte auch UN-Generalsekretär Annan bei seinem jüngsten Besuch in Nairobi gesagt. Die Mitglieder der UNEP will Töpfer dazu bewegen, ihre Beiträge aufzustocken. Zumindest wolle er erreichen, daß das jährliche Budget auf den Stand von 1993 - rund 65 Millionen Dollar - gebracht werde.

In einem Vier-Punkte-Plan skizzierte Töpfer die Schwerpunkte seiner Arbeit. Er plant, ein weltweites Frühwarnsystem für drohende Umweltkrisen aufzubauen. Außerdem benötigten die UN eine Art Notfallmanagement, das beispielsweise nach Naturkatastrophen die internationale Hilfe koordiniere. Damit eine solche Institution rechtzeitig aufmerksam werde und über alle nötigen Informationen verfüge, sollten Umweltveränderungen künftig intensiver beobachtet und ein entsprechendes Überwachungsprogramm eingerichtet werden.

Ein zweiter Schwerpunkt der UNEP soll nach Töpfers Plan darin liegen, die Arbeit der für verschiedene Umweltkonventionen zuständigen Sekretariate besser aufeinander abzustimmen. Ein erster Schritt bestehe darin, zusammen mit der Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) ein gemeinsames Gremium zu gründen. In dem mit Regierungsvertretern besetzten Gremium wolle man besprechen, mit welchen wirtschaftlichen Instrumenten die in unzähligen internationalen Vereinbarungen getroffenen Beschlüsse verwirklicht werden können. Dazu gehören nach

Auffassung Töpfers auch Ökosteuern. „Wir müssen ökologische Komponenten in die Steuersysteme integrieren, um sicherzustellen, daß die Umweltkosten in die Preispolitik der Unternehmen einfließen.“

Noch stärker will sich die UNEP künftig auf die Verbreitung von Umwelttechnologien konzentrieren. In dieser Hinsicht habe man bereits einiges erreicht, sagte Töpfer. Man wolle bald eine Erklärung erarbeiten, in denen sich die Unterzeichnerstaaten Ziele bei der Verringerung des Ressourcenverbrauchs und bei der Vorbeugung von Umweltschäden setzen. Der vierte Schwerpunkt in der Arbeit der Umweltbehörde liegt in der Wasserpolitik. Töpfer strebt ein weltweites Aktionsprogramm an. Durch eine verbesserte Überwachung der Trinkwasserreserven und des Managements müsse rechtzeitig verhindert werden, daß es zu Konflikten komme.

FAZ, 27. Mai 1998